

Anschrift der Antragstellerin/des Antragstellers

Klinikum d. Landeshauptstadt Stuttgart gKAöR
Zentrum für Seelische Gesundheit
Prießnitzweg 24
70374 Stuttgart

Ansprechpartnerin/Ansprechpartner: Zuname, Vorname

Hauff, Gesine

Telefon

0711 / 278-32180

E-Mail

g.hauff@klinikum-stuttgart.de

Bankverbindung der Antragstellerin/des Antragstellers:

Name der Bank

BW-Bank Stuttgart

IBAN

DE 94 6005 0101 0002 0050 03

An die
Landeshauptstadt Stuttgart
Sozialamt (50-5)
70161 Stuttgart

Sozialamt
eingegangen am

- 2. MRZ. 2023

Eingang
50-5

02. MRZ. 2023

Antrag auf Förderung durch die Landeshauptstadt Stuttgart zum städtischen Doppelhaushalt 2024 / 2025

- ☒ zum Ausbau eines bestehenden Angebots
- ☐ zur dauerhaften Förderung eines bisher geförderten Projekts
- ☐ zu einem neuen, künftig unbefristeten Angebot
- ☐ zu einem Projekt (zeitlich befristet)
- ☐ zur Verbesserung einer bestehenden Förderung

Bezeichnung des Angebots und Anschrift, wo das Angebot erbracht werden soll

Stellenerweiterung um 3 x 0,5 VK für Verwaltungskräfte in den Gemeindepsychiatrischen Zentren Stuttgart-Feuerbach, Stuttgart-Ost und Stuttgart-West / Klinikum der Landeshauptstadt Stuttgart

Angebots-/Projektbeginn: 01.01.2024

ggf. Projektende: _____

Zielgruppe(n)

(chronisch) psychisch kranke Menschen, gerontopsychiatrisch erkrankte Menschen, Kinder und Jugendliche mit einem psychisch erkrankten Elternteil

Kurzbeschreibung des Angebots/Projekts

Anpassung der Stellenanteile der Verwaltung für die Dienste der Gemeindepsychiatrischen Zentren (GPZ) (Sozialpsychiatrische Dienste (SpDi), Gerontopsychiatrische Beratungsdienste (GerBera), Tagesstätten mit den Zuverdienstangeboten, Aufwind, die Beschäftigung von Genesungs- begleitenden sowie die Präsenzdienste der GPZ in zwei Sozialhotels (Caritas und Klinikum)).

Investive Maßnahmen:

Für geplante investive Maßnahmen ist ein gesonderter Antrag erforderlich. Das Formular kann per E-Mail über sozialplanung@stuttgart.de angefordert werden.

Dafür benötigte Ressourcen:

1. Personal

Stellenfunktion	Eingruppierung/ Tarif	beantragter Stellenumfang in %	Anzahl bereits städtisch geförderter Stellen	künftiger Stellenbestand
Leitung		%		
Fachkraft*	E8	150,00 %	3	4,5
Verwaltungskraft		%		
Hilfskraft		%		
gesamt		150,00 %	3	4.5

* Förderfähig sind Fachkraftstellen mit einem Beschäftigungsumfang von mindestens 25 % VZÄ

2. Sachmittel

Bitte kurz erläutern:

Wir beantragen Sachkosten in Höhe von 6.900 € / Jahr.

3. Programm

Bitte kurz erläutern:

4. Raumbedarf

zusätzlicher Flächenbedarf: _____ m²

bisher geförderte Fläche: _____ m²

Bitte kurz erläutern:

Bitte geben Sie für die zusätzlichen Flächen die Quadratmeterkosten/Jahr an:

(Kalt-)Miete _____ Euro/m²/Jahr

Mietnebenkosten _____ Euro/m²/Jahr

Reinigungskosten _____ Euro/m²/Jahr

Finanzierungsplan für die ersten 12 Monate des Angebots/Projekts*

Erträge

	für neu beantragte Ressourcen	für bestehende Ressourcen	künftige Gesamterträge
Bundesmittel	Euro	Euro	Euro
Landesmittel	Euro	Euro	Euro
Erstattungen	Euro	Euro	Euro
Sonstiges	Euro	Euro	Euro
beantragter städtischer Zuschuss	101.800,00 Euro	190.526,05 Euro	292.326,05 Euro
Eigenmittel (i. d. R. mindestens 10 %)	Euro	Euro	Euro
Summe Erträge	101.800,00 Euro	190.526,05 Euro	292.326,05 Euro

Aufwendungen

	für neu beantragte Ressourcen	für bestehende Ressourcen	künftige Gesamtaufwendungen
Personalkosten	94.900,00 Euro	176.726,05 Euro	271.626,05 Euro
Verwaltungskosten	Euro	Euro	Euro
Sachkosten	6.900,00 Euro	13.800,00 Euro	20.700,00 Euro
Programmkosten	Euro	Euro	Euro
Miete	Euro	Euro	Euro
Mietnebenkosten	Euro	Euro	Euro
Reinigungskosten	Euro	Euro	Euro
sonst. Aufwendungen	Euro	Euro	Euro
Summe Aufwendungen	101.800,00 Euro	190.526,05 Euro	292.326,05 Euro

* Für mehrjährige Projekte stellen Sie die Finanzierung bitte jahresweise in der Anlage dar.

Stuttgart, 28.02.23



Klinikum Stuttgart

Medizinischer Vorstand
Prof. Dr. med. Jan Steffen Jörgensen MPH MBA
Kriegsbergstr. 60
D-70174 Stuttgart
Tel. 0711/278-32005

(rechtsverbindliche Unterschrift, Stempel)

Antrag auf Förderung durch die Landeshauptstadt Stuttgart zum städtischen Doppelhaushalt 2024 / 2025

„Erweiterung der Stellenanteile in den Verwaltungen der Gemeindepsychiatrischen Zentren (GPZ)“

Inhaltlicher Antrag

1. Ausgangs-/ Bedarfssituation (Ist-Analyse)

Die Gemeindepsychiatrischen Zentren (GPZ) werden seit 2004 jeweils mit einer Vollzeitäquivalent – Stelle (VK) Verwaltung für die Sozialpsychiatrischen Dienste gefördert. Die Zentren sind seitdem deutlich angewachsen. Neben den Sozialpsychiatrischen Diensten (SpDi) umfasst dies städtisch gefördert die Gerontopsychiatrischen Beratungsdienste (GerBera), die Tagesstätten mit den Zuverdienstangeboten, Aufwind, die Beschäftigung von Genesungsbegleitenden sowie die Präsenzdienste der GPZ in zwei Sozialhotels (Caritas und Klinikum).

Der Verwaltungs- und Organisationsbedarf ist mit dem Ausbau der Angebote gestiegen und kann mit jeweils einer dem Sozialpsychiatrischen Dienst zugeordneten Verwaltungsstelle nicht bewältigt werden. Insbesondere die GerBera-Dienste bringen einen hohen Zeit- und Verwaltungsaufwand mit sich – beispielsweise kommen hier z.T. Klient:innen für die Geldauszahlungen nicht persönlich in das GPZ. Stattdessen muss per Hausbesuch durch die Fachkräfte die Geldauszahlung erfolgen, was im Back Office einen sehr großen verwaltungstechnischen Aufwand bedeutet. Die Organisation und Durchführung der Außensprechstunden der Psychiatrischen Institutsambulanz (PIA) erfordert ebenfalls personelle Ressourcen.

Die Besetzung der Anmeldung während der Öffnungszeiten muss sichergestellt sein. Dies musste aufgrund des stark erhöhten Verwaltungsaufwandes bei anderen Aufgaben in den letzten Jahren zunehmend durch FSJ, Praktikant:innen, Werkstudent:innen erfolgen. Die regelhaft hohe Fluktuation von Praktikant:innen und FSJ bedeutet einen erhöhten organisatorischen Aufwand für die festangestellten Verwaltungskräfte (Einarbeitung Anmeldung, Neuanlage von Berechtigungen etc.). Zudem ist es wünschenswert, in der Anmeldung die personelle Kontinuität und damit die Qualität dieser Dienstleistung zu erhöhen, indem die Anmeldung überwiegend von

einer fest angestellten Verwaltungskraft besetzt werden kann. So können beispielsweise „einfache“ Weitervermittlungen zu anderen zuständigen Stellen bis zu einem gewissen Grad auch von gut eingearbeiteten, erfahrenen Verwaltungskräften durchgeführt werden (Lotsenfunktion).

Darüber hinaus müssen bei Urlaub oder Erkrankung einer Verwaltungskraft Sozialarbeiter:innen oder andere Fachkräfte des GPZ die Anmeldung/Aufgaben abdecken, deren (Fall-)arbeit muss dann zu einem Großteil von den weiteren Fachkräften bewältigt oder zurückgestellt werden.

Weiterhin spricht für einen Ausbau der Verwaltungsstellenanteile die zunehmende Digitalisierung der Arbeitsabläufe. So bindet beispielsweise die Schulung und Erlangung einer Routine in der Anwendung unterschiedlicher Software viel Zeit.

Innerhalb der Kernaufgaben hat des Weiteren die Anzahl kurzfristiger Finanzierung von neuen Projekte mit minimalem Budget zugenommen, verbunden mit jeweils relativ hohem administrativem Aufwand - jedes Projekt braucht wieder neue Kostenstellen, neue Abläufe, neue Absprachen etc..

Last but not least würde durch zusätzliche Verwaltungsstellenanteile die Flexibilität der Einsatzzeiten dadurch erhöht, dass einzelne Verwaltungskräfte mehr als bisher eine Springerfunktion auch zwischen den GPZ der Träger wahrnehmen können.

Entsprechend dem Ausbau der Angebote wird ein Ausbau der administrativen Stellenanteile benötigt. Wir sind sicher, dass der Landeshauptstadt Stuttgart daran gelegen ist, dass professionelle und effektive Angebote für Menschen mit einer psychischen Erkrankung, deren Angehörige und weiteren Bezugspersonen zuverlässig bestehen. Folglich müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen zur Erbringung der direkten Hilfeleistung am Mensch gewährleistet sein.

2. Ziele und Wirkung des Angebots

Ziele sind, dass die vereinbarten Vorgaben für alle GPZ erfüllt werden, Verwaltungsaufgaben reibungslos abgearbeitet werden sowie die notwendigen Zuarbeiten für die Fachkräfte erfolgen und letztendlich die GPZ somit Orte sind, an welchen sich die Menschen gut aufgenommen fühlen und die nötige Hilfe erhalten.

Im Einzelnen:

- die Öffnungszeiten sind abgedeckt
- die telefonische Erreichbarkeit ist gewährleistet

- qualitativ hoch stehende telefonische und persönliche Weitervermittlungen sind gewährleistet
- Angebote werden koordiniert
- Terminmanagement und Einsatzplanung ist umgesetzt
- die kundenbezogene Geldverwaltung steht verlässlich zur Verfügung
- interne Abläufe, insbesondere die Kassenführung, sind verbindlich geregelt und werden zuverlässig umgesetzt
- die Organisation der Außensprechstunden der Psychiatrischen Institutsambulanz (PIA) erfolgt in verlässlicher Weise über die Verwaltung

Die Wirkung einer gut funktionierenden Verwaltung zeigt sich auf unterschiedlichen Ebenen

- So wirkt sich die Atmosphäre der Verlässlichkeit positiv im Bemühen der Alltagsbewältigung von Klient:innen der GPZ aus.
- Mitarbeitende können die ihnen jeweils zugedachten Rollen und Aufgaben getreu ausführen, so dass die Dienstleistungen für die Menschen mit einer psychischen Erkrankung zielgerichtet und effektiv in kundenorientierter Weise ausgeführt werden können.
- In der Öffentlichkeit werden die Gewährleistung der Erreichbarkeit und die Erfahrung kompetenter Weitervermittlung sehr geschätzt.

3. Maßnahmen und ihre Umsetzung (Was und wie?)

Ausbau der Sekretariats- bzw. Verwaltungsstellen von derzeit 1,0 VK auf 1,5 VK je GPZ ab 01.01.2024.

4. Dokumentation und Nachhaltigkeit

Nachhaltig führt eine verbesserte Ausstattung der Verwaltung zu einer besseren Qualität der Dienstleistungen und zu zufriedenen Klient:innen und Mitarbeitenden.

gez.

Stefan Michel
Caritasverband für Stuttgart e.V.

Iris Maier-Strecker
Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.

Reiner Neuschl
Klinikum der Landeshauptstadt Stuttgart gKAöR